

Dezember 2025 – aktualisiert Januar 2026

Länderbericht

Regionalprogramm Parteidialog und Demokratie in Lateinamerika



„Amerika den Amerikanern“? Die neue US-Sicherheitsstrategie und ihre Folgen für Lateinamerika und Europa

Henning Suhr

Mit der Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) vom November 2025 vollzieht die US-Regierung einen weitreichenden Kurswechsel und beansprucht die westliche Hemisphäre, die den amerikanischen Doppelkontinent umfasst, erneut als exklusiven Einflussraum. Dabei knüpft sie an die Monroe-Doktrin von 1823 an, welche keine außeramerikanische Einmischung in die Angelegenheiten des gesamten Kontinents duldete. Die Botschaft ist unmissverständlich: „nichthemisphärische“ Mächte – primär China und Russland – sollen weder strategische Installationen besitzen noch militärische oder technologische Kapazitäten in der Region verankern können. Gleichzeitig soll die Hemisphäre so stabil und gut regiert sein, dass Massenmigration in die USA ausbleibt, die Bekämpfung von Drogenhandel und transnationaler Kriminalität gelingt und die Region Washington politisch gewogen ist. Diese Ziele sind im Originaltext der NSS ausführlich niedergelegt und werden dort als „Trump Corollary“ zur Monroe-Doktrin bezeichnet, ergänzt um das operative Leitmotiv „Enlist and Expand“: bewährte Partner einbinden und neue Kooperationen ausbauen, wirtschaftlich wie sicherheitspolitisch. Mit der militärischen Intervention am 3. Januar 2026 in Venezuela zeigt die Trump-Regierung der Welt, wie ernst sie es mit ihren Zielen in der westlichen Hemisphäre meint.

Strategische Grundsätze: „Enlist and Expand“ und die Neujustierung der Machtmittel

Die NSS skizziert eine doppelte Vorgehensweise. Unter „Enlist“ sollen regionale „Champions“ – also Staaten, die auch über ihre Grenzen hinaus stabilisierend wirken können – für Migrationskontrolle, „Near Shoring“, Bekämpfung von Kartellen und illegaler Ökonomien gewonnen werden. Unter „Expand“ sollen neue Partner an die USA gebunden und zugleich Kooperationen mit Drittstaaten unattraktiv gemacht werden – nicht mit pauschaler Abschottung, sondern durch Anreize, schnellere Genehmigungen, Finanzierungslösungen und die systematische Verknüpfung mit US-Technologiestandards und Lieferketten. In diesem Rahmen beschreibt die NSS ausdrücklich eine Anpassung der globalen US-Truppenpräsenz zugunsten der westlichen Hemisphäre, eine stärkere Küstenwache und Marinepräsenz zur Kontrolle der Seewege, die Option gezielter Einsätze gegen Kartelle einschließlich des Einsatzes tödlicher Gewalt, sowie den Aufbau oder Ausbau von Zugangsrechten zu „strategisch wichtigen Orten“ in der Region. Das Dokument verknüpft dies mit unternehmerisch-diplomatischen Instrumenten, Zöllen und reziproken Handelsabkommen, damit Partnerstaaten ihre Inlandsökonomien stärken und die Hemisphäre als Markt für US-Geschäfte attraktiver wird. Zugleich werden US-Unterstützung und Allianzen konditioniert: Sie sollen daran geknüpft werden, „feindliche“ externe Einflussnahmen in sicherheitsrelevanten Bereichen zu reduzieren – vom Besitz an Häfen über militärische Installationen bis hin zu Netzinfrastruktur.

Lateinamerika und die Karibik rücken damit aus US-Sicht von einer „vernachlässigten Peripherie“ zu einem für die unmittelbare Landesverteidigung relevanten Gebiet auf. Dies ist auch in der internationalen Pressedebatte als Wiederkehr der Monroe-Doktrin eingeordnet worden – teils kritisch, teils mit dem Hinweis, dass Washington den Fokus sichtbar „heimwärts“ verlagere. Trump selbst äußerte Gefallen an dem Terminus „Donroe-Doktrin“, angelehnt an seinen Vornamen Donald.

Länderbeispiele einer neorealistischen US-Lateinamerikapolitik

Mexiko bleibt für die USA von größter Relevanz. Migration- und Drogenbekämpfung stehen hier in einem untrennbaren Zusammenhang mit der Stabilität der US-Grenze. Dass Washington im Verhältnis zu Mexiko eine umfangreiche Agenda verfolgt – von Grenzregimen über Lieferketten (USMCA) bis zur Kooperation gegen Drogen und Menschenhandel – wurde von Christopher Landau, dem früheren US-Botschafter in Mexiko und heutigen stellvertretenden Außenminister, wiederholt betont: Die Beziehung mit Mexiko sei „einzigartig“ gerade wegen ihrer Breite, Migration sei für beide Seiten ein sicherheitspolitisch aufgeladenes Thema, und die USA hätten mit Mexiko Vereinbarungen zur Durchsetzung nationaler Migrationsgesetze getroffen.

Mit der militärischen Intervention vom 3. Januar 2026 machte die Trump-Regierung deutlich, welche strategische Bedeutung sie *Venezuela* beimisst. Hier bündeln sich alle sicherheitsrelevanten Stressfaktoren und US-Interessen: ein linksautoritäres Regime, gigantische Rohstoffvorkommen (Öl, Gold), fest verankerte transnationale kriminelle Netzwerke, massive Auswanderung und enge Beziehungen zu China, Russland und Iran. Bereits 2025 wurde die US-Marinepräsenz in der Karibik massiv ausgeweitet; die US-Administration sprach öffentlich von einer „längeren Präsenz“ und der Option, Einsätze gegen Drogenboote in eine neue Phase von Operationen zu überführen. Dass Washington parallel das „Cartel de los Soles“ als Terrororganisation einstufte und über hybride Instrumente (Sanktionen, Ermittlungen, maritime Operationen) Druck auf das Regime in Caracas erhöhte, passt zum Ziel der NSS, die Region im Sinne der US-Interessen zu stabilisieren. Im Dezember 2025 bot Donald Trump in einem Telefonat dem venezolanischen Machthaber Nicolas Maduro an, sich ins Exil in ein Drittland, vermutlich der Türkei, zu begeben. Als dieser ablehnte, folgte ein US-Militärschlag am 3. Januar 2026, der in der Verhaftung von Maduro mündete, der sich nun gegenüber der US-Justiz unter anderem für transnationalen Drogenschmuggel verantworten muss. Internationale Kritik und Zweifel am völkerrechtlich fragwürdigen Vorgehen wischte die Trump-Regierung beiseite: America First! Es gelte, mit allen Mitteln US-Interessen zu verteidigen. An die Adresse der Linksdiktaturen in *Kuba* und *Nicaragua* sowie den linken kolumbianischen Präsidenten Gustavo Petro – ein Unterstützer Maduros – gerichtet, ließ Trump verlauten, dass man sie ebenfalls im Blick habe.

Panama illustriert die geoökonomische Dimension der NSS. So macht sie deutlich, dass „Besitz und Kontrolle strategischer Assets“ – Häfen, Knotenpunkte, Transitwege – keine beliebigen Anliegen wirtschaftlicher oder developmentspolitischer Natur sind, sondern harte Sicherheitspolitik. Berichte über US-Druck auf die Regierung in Panama, Konzessionen chinesisch kontrollierter Hafenbetreiber zu überprüfen und eine Distanzierung von der „Belt and Road Initiative“ einzuleiten, sind in der Region als erste handfeste Umsetzung des „Trump Corollary“ gewertet worden. Wer die Gateways kontrolliert, kontrolliert Lieferketten, Datenflüsse und maritime Sicherheit – und erschwert Drittstaaten dauerhaften Einfluss. In diesem Kontext sei erwähnt, dass Panama der wichtigste Internetknotenpunkt in Lateinamerika ist.

Argentinien gilt aus US-Sicht als „regionaler Champion“, da es marktwirtschaftlich und sicherheitspolitisch kooperativ agiert. Die NSS betont die Verknüpfung von wirtschaftlichen Anreizen, Finanzinstrumenten und technologischer Kooperation, um die Partner der Region zu stabilisieren und zu binden. In diesem Rahmen wurden großzügige Finanzlinien in Aussicht gestellt, die zugleich mit Erwartungen an die Ausrichtung gegenüber China verknüpft sind

(Einfrieren chinesisch gestützter Projekte, stärkere Bindung an US-Standards). Beobachter sehen hier das kalkulierte Zusammenspiel von Geoökonomie und Sicherheit: Unterstützen, wenn strategisch vorteilhaft; konditionieren, wenn Drittstaateneinfluss droht. Derweil berichten Politiker aus *Uruguay* von verstärkten chinesischen Aktivitäten im Land, die mit Montevideo ein regionales Einfallstor als Alternative zu Buenos Aires ausgemacht haben sollen.

Karibische Länder wie die *Dominikanische Republik* werden als maritimes Vorfeld beschrieben. Die NSS verlangt größere Präsenz von US-Coast Guard und Navy zur Kontrolle von Seewegen und der Unterbindung von Migration und (Drogen)Schmuggel. Der verstärkte Rückgriff auf karibische Partnerstaaten als Operationsbasen und Trainingsorte folgt der Idee kurzer Reaktionszeiten. In der öffentlichen Debatte werden diese Schritte als „Kanonenbootpolitik“ aus vergangener Zeit diskutiert, faktisch lassen sie sich als notwendige Anpassung verstehen, um die Hegemonie in der Region zu sichern. Politiker und Journalisten aus der Dominikanischen Republik berichteten, dass man gegenüber den US-Interessen nichts anderes als nachgeben könne. Dazu zählt nicht nur, dass das Land wie jüngst im Fall des US-Militärschlags gegen Venezuela als Operationsbasis des US-Militärs dient, sondern auch die Ablehnung sicherheitsrelevanter Technik aus China.

Paraguay passt in die „Enlist“-Schablone: ein politisch kooperativer Staat, der noch Taiwan anerkennt und fast immer dem US-Votum in multilateralen Foren folgt, besonders in Fragen die Israel betreffen. Durch die Vollendung des bi-ozeanischen Transitkorridors von Brasilien via Paraguay und Argentinien nach Chile verkürzt sich die Transportzeit von Gütern aus Westbrasilien nach China um mehrere Wochen. Aus diesem Grund ist die Partnerschaft mit Paraguay im Interesse Washingtons.

El Salvador hat wichtige Migrations- und Rückführungsabkommen mit den USA geschlossen. sie verbinden innenpolitische US-Prioritäten mit operativen Absprachen in Zentralamerika. Auch zu *Costa Ricas* Präsident Rodrigo Chaves, der aus seiner Bewunderung der Präsidenten Trump und Bukele keinen Hehl macht, pflegen die USA ein enges Verhältnis.

In *Honduras* unterstützte US-Präsident Trump öffentlich den konservativen Kandidaten Nasry Asfura der Nationalen Partei im Vorfeld der Wahlen 2025. Diesen bezeichnete er als „Freund der Freiheit Honduras“. Nach einem knappen Kopf-an-Kopf-Rennen setzte sich Nasry Asfura durch – zum Wohlwollen der US-Regierung. Nach Argentinien ist dies die zweite offene Einflussnahme Trumps auf einen Wahlprozess in Lateinamerika und es wäre wenig überraschend, wenn weitere folgten. Das Ziel bleibt dabei klar: die Installation von US-freundlichen Regierungen in der Region.

Brasilien ist der Fall, an dem sich die Grenzen neorealistischer „Druckpolitik“ zeigen. Die USA verhängten Strafzölle, um eine Verurteilung des ehemaligen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro zu verhindern. Der Effekt war gegenteilig, denn die Brasilianer werteten dies als unlautere Einmischung in innere Angelegenheiten und Angriff auf den Rechtsstaat. Präsident Lula erhielt daraufhin enormen innenpolitischen Rückenwind und kann nun trotz seines betagten Alters auf eine Wiederwahl im nächsten Jahr hoffen. Nach einem mehrwöchigen Geplänkel zwischen Brasilia und Washington wurden die Strafzölle durch Trump wieder aufgehoben, was in Brasilien als Sieg gewertet wurde. Mittlerweile hat Flavio Bolsonaro, Sohn des nun inhaftierten Ex-Präsidenten Jair Bolsonaro, seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen in der zweiten Jahreshälfte 2026 angekündigt. Es sollte wenig überraschen, wenn er starke Unterstützung aus Washington bekommt.

China als systemischer Wettbewerber in Lateinamerika

Die NSS 2025 markiert eine Verschiebung vom früheren Fokus „weltweite Demokratieförderung“ hin zu einer Priorisierung nationaler, souveräner Interessen. In diesem Raster ist China in Lateinamerika und der Karibik primär ein geoökonomischer und technologischer Wettbewerber, dessen Infrastruktur-, Hafen- und Digitalprojekte

Abhängigkeiten schaffen. Berichte über den Ausbau chinesischer Präsenz in Brasilien – von BYD-Produktionsstätten bis zu Logistik-Apps und Energienetzen – illustrieren, wie tief sich chinesische Kapital und Technologiepfade in Wertschöpfung und Konsum in der Region eingewoben haben. Aus US-Sicht ist dies ein Sicherheitsrisiko, sobald Lieferketten, Datenverarbeitung und -übermittlung sowie der Energiesektor betroffen sind. Entsprechend fordert die NSS, sowohl mit Anreizen („bessere Konditionen“, Finanzierungen, Technologiepakete) als auch mit Druck (Sanktionsdrohungen, Zölle) lateinamerikanische Staaten anzuhalten, außerhemisphärische Einflüsse zurückzudrängen.

Russland: Politische Präsenz mit begrenzten Spielräumen

Russland wird in der NSS als strategische Bedrohung der US-Interessen in Lateinamerika definiert. Die sicherheitspolitischen Kooperationen mit Venezuela, Kuba und Nicaragua sind Washington ein Dorn im Auge, die das Destabilisierungspotential in der Region enorm erhöhen. Nach dem US-Militärschlag gegen Venezuela am 3. Januar erklärte der US-Außenminister Marco Rubio gegenüber der Presse, man verlange von der neuen venezolanischen Regierungschefin Delcy Rodriguez, dass sie bestehende Kooperationen mit Hizbollah, dem Iran und weiteren „Feinden der Vereinigten Staaten“ auflöse. Damit dürfte Russland ebenso gemeint sein.

Für die USA vorteilhaft, haben internationale Sanktionen, logistische Engpässe und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine die militärisch technische Kooperation Russlands in Lateinamerika spürbar geschwächt. Diplomatisch bleibt Russland umtriebiger, wie die Eröffnung einer neuen Botschaft in Santo Domingo zeigt. Gleichzeitig macht die Lage deutlich, dass Russland zwar politisch mobilisieren kann, aber wirtschaftlich und technologisch weit weniger Hebel als China besitzt.

Was folgt aus der neuen US-Lateinamerikapolitik für Europa und Deutschland?

Für die Lateinamerikapolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten sind die Konsequenzen der Umsetzung der NSS handfest und wurden in der Tragweite noch nicht erfasst. Denn Europa – auch Deutschland – kommt keinesfalls die Rolle eines Partners der Vereinigten Staaten in Lateinamerika zuteil. Wirtschaftspolitisch ist Europa ein Konkurrent und sicherheitspolitisch sollte Europa US-Interessen in Lateinamerika nicht im Weg stehen.

Am Beispiel Venezuelas wird deutlich, wie sensibel die USA auf Einmischung der Europäer reagieren, wenn sie ihre Sicherheitsinteressen berührt sehen. Als die französische Regierung das Abschießen von Drogenschmuggelbooten vor der venezolanischen Küste hinterfragte, äußerte US-Außenminister Marco Rubio im Fernsehinterview scharfe Kritik: „Die Europäische Union bestimmt nicht, was internationales Recht ist. Sie bestimmt schon gar nicht, wie die USA ihre nationale Sicherheit verteidigen.“ Ferner bezeichnete er die europäische Position als Doppelmoral und unterstrich den Machtanspruch der USA. „Es scheint mir interessant, dass all diese Länder wollen, dass wir Tomahawk-Raketen mit nuklearer Kapazität zur Verteidigung Europas senden, aber wenn die Vereinigten Staaten Flugzeugträger in unserer Hemisphäre positionieren, wo wir leben, wird das plötzlich zu einem Problem,“ so Rubio.

Europa sollte entsprechend handeln: Wer nicht nur Rohstoffe, sondern Wertschöpfungsketten und Standards mit der Region teilen will, muss Abkommen unterzeichnen (EU-Mercosur, Erneuerungen der Abkommen mit Mexiko/Chile), Investitionen mobilisieren (Global Gateway) und bei weiteren beidseitig relevanten Themen wie Migrationsmanagement und Bekämpfung transnationaler Kriminalität die Zusammenarbeit suchen. Entsprechend hat das Europäische Parlament 2025 eine Strategie zu Lateinamerika verabschiedet; die Wirtschaft fordert mit Nachdruck, das Zeitfenster für geoökonomische Chancen zu nutzen.

In Lateinamerika blickt man mit gemischten Gefühlen auf das erneuerte US-Interesse an der Region. Einerseits ist die Liste folgenschwerer US-Interventionen auf dem Subkontinent lang. In seiner Publikation „Lateinamerika und die USA: Von der Kolonialzeit bis heute“ zeichnet Autor Stefan Rinke das komplizierte Verhältnis zwischen den USA mit seinen südlichen Nachbarn nach, in dem die Lateinamerikaner meist das Nachsehen hatten.¹ Folge ist ein tief verwurzeltes, historisch bedingtes Misstrauen gegenüber der US-Lateinamerikapolitik, erst recht, je aggressiver sie sich charakterisiert. Zwar ist das Verhältnis zu Europa mit den ehemaligen Kolonialmächten Spanien, Portugal, England und Frankreich nicht unbelastet, gleichwohl bleibt die „Alte Welt“ soziokultureller Fixpunkt und Sehnsuchtsort für viele Lateinamerikaner. Die vielschichtigen Bindungen auf allen Ebenen zwischen Europa und Lateinamerika bieten zahlreiche Möglichkeiten für eine verstärkte Zusammenarbeit in Zeiten neuer Großmachtinteressen.

Zu dem Misstrauen Lateinamerikas gegenüber Washington mischt sich jedoch auch eine weitverbreitete pragmatische Einsicht, dass die USA in Lateinamerika die hegemoniale Ordnungsmacht sind und somit als einzige in der Lage sind, unliebsame Diktatoren in Venezuela, Kuba und Nicaragua sowie starke sozialistische oder linkspopulistische Bewegungen und Netzwerke auf dem Kontinent zurückdrängen zu können. Im Zweifel geben nicht wenige Länder Lateinamerikas den pro-marktwirtschaftlichen Politikansätzen der USA Vorrang, auch wenn man sich im Gegenzug US-Interessen beugen muss.

Fazit: Lateinamerika und die Karibik rücken in den Fokus der Geopolitik

Seit Amtsantritt von Donald Trump lässt sich vielerorts bereits beobachten, dass das geopolitische Interesse der USA an Lateinamerika gestiegen ist. Die Festnahme des venezolanischen Machthabers Nicolas Maduro mit militärischen Mitteln ist hier das beste Beispiel. Folglich ist die NSS eine Verschriftlichung dessen, was bereits im Gange ist. Die Kombination aus militärischer Präsenz, geoökonomischen Hebeln und konditionierten Allianzen ist für die Lateinamerikapolitik der Trump-Regierung maßgebend. Für Europa und Deutschland bedeutet das nicht Abkehr, sondern Anpassung: Wer in Lateinamerika bestehen will, muss strategisch handeln, investieren und kooperieren – selbstbewusst, mit klaren Interessen und ohne Illusionen. US-Sicherheitsinteressen sollte in keiner Weise widersprochen werden, gleichwohl bieten sich Möglichkeiten für eine Vertiefung von wirtschaftlichen und politischen Allianzen. Das Zeitfenster ist offen, doch ist seitens Europas und Deutschland Eile geboten, um den eigenen Interessen in der Region mit größerem politischen und finanziellen Engagement Nachdruck zu verleihen.

¹ Vgl. Stefan Rinke: Lateinamerika und die USA. Von der Kolonialzeit bis heute. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft (WBG), 2012.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Henning Suhr

Leiter Regionalprogramm Parteiendialog und Demokratie in Lateinamerika

Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit

www.kas.de

Henning.Suhr@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)